

N i e d e r s c h r i f t

über die 39. - öffentliche - Sitzung
des Kultusausschusses
am 25. Oktober 2024
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung: Seite:

1.	Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Thematik „Bundesjugendspiele“	3
2.	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2025 Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - <u>Drs. 19/5319</u>	
	<i>Mitberatung</i>	4
	<i>Beschluss.....</i>	4
3.	Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ausbauen Antrag der Fraktion der CDU - <u>Drs. 19/2711</u>	
	<i>Fortsetzung der Beratung.....</i>	5
	<i>Beschluss.....</i>	8
4.	Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung auf Aktenvorlage zur Situation der Gesamtschulen in Niedersachsen im Zeitraum vom 08.11.2022 bis heute	
	<i>Beschluss.....</i>	9

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Pascal Mennen (GRÜNE), Vorsitzender
2. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
3. Abg. Julius Schneider (i. V. d. Abg. Thore Güldner) (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
4. Abg. Corinna Lange (SPD)
5. Abg. Kirsikka Lansmann (SPD)
6. Abg. Gerd Hujahn (i. V. d. Abg. Phillip Meyn) (SPD)
7. Abg. Marcus Bosse (i. V. d. Abg. Stefan Politze) (SPD)
8. Abg. Anna Bauseneick (CDU)
9. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
10. Abg. Christian Fühner (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
11. Abg. Sophie Ramdor (CDU)
12. Abg. Lukas Reinken (CDU)
13. Abg. Lena Nzume (GRÜNE), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
14. Abg. Harm Rykena (AfD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Oberregierungsrätin Dr. Wetz.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:31 Uhr bis 10:52 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Thematik „Bundesjugendspiele“

Seitens der CDU-Fraktion war mit Schreiben vom 23. Oktober 2024 für eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses eine Unterrichtung zur Thematik „Bundesjugendspiele“ beantragt worden.

Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) kommt zur Erläuterung des Unterrichtungsantrages auf die Reform der Bundesjugendspiele und die daran geäußerte Kritik zu sprechen. Sie betont, dass ausweislich eines Berichts des NDR vom 28. Juni 2024 die Niedersächsische Kultusministerin an den reformierten Bundesjugendspielen festhalte.

Die CDU-Fraktion sei daran interessiert, so die Abgeordnete, wie sich das Land Niedersachsen in der Frage der Reform der Bundesjugendspiele - auch im Vergleich zu anderen Bundesländern - positioniere.

Der **Ausschuss** schließt sich dem Unterrichtungsantrag einvernehmlich an und bittet die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine mündliche Unterrichtung.

Tagesordnungspunkt 2:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2025

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5319](#)

erste Beratung: 47. Plenarsitzung am 25.09.2024

federführend: AfHuF;

mitberatend: AfRuV, AfluS, KultA, AfWuK, AfWVBUd, AfSAGuG, AfUEuK

Mitberatung

Beratungsgrundlage: Vorlage 2 mit Anmerkungen und Formulierungsvorschlägen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu Artikel 11 und zu Artikel 14, soweit sich dieser auf Artikel 11 bezieht

ORR'in **Dr. Wetz** (GBD) erläutert die Änderungsvorschlägen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu

Artikel 11 - Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kinder- tagespflege -

sowie zu

Artikel 14 - Inkrafttreten -

im Sinne der Anmerkungen in der Vorlage 2.

Eine Aussprache ergibt sich nicht.

Beschluss

Der **Ausschuss** empfiehlt dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen, dem Landtag die Annahme der Artikel 11 und 14 in der Fassung der Vorlage 2 vorzuschlagen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU

Tagesordnungspunkt 3:

Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2711](#)

erste Beratung: 26. Plenarsitzung am 10.11.2023

federführend: KultA;

mitberatend: AfWVBUd;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHUF

Der Ausschuss hatte sich zuletzt in seiner 24. Sitzung am 1. März 2024 mit dem Antrag befasst. In seiner 37. Sitzung am 13. September 2024 hatte er sich in einer auswärtigen Sitzung in Oldenburg über Best-Practice-Beispiele zur Berufsorientierung informiert.

Fortsetzung der Beratung

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) weist einleitend darauf hin, dass sich der Ausschuss seit nunmehr mittlerweile einem Jahr mit dem Antrag der CDU-Fraktion befasse.

Nach Ansicht der CDU-Fraktion sei eine gute Berufsorientierung insbesondere wichtig, um einen geordneten und fundierten Einstieg ins Berufsleben zu gewährleisten und die Schulabbrecherquoten und damit auch Perspektivlosigkeit zu minimieren. Deswegen sei es der CDU-Fraktion ein großes Anliegen, beim Thema Berufsorientierung einige Schritte voranzukommen, moderne Wege zu ermöglichen und neue Möglichkeiten, die sich etwa durch den Einsatz von Technologie eröffneten, umzusetzen.

Der Ausschuss habe sich bei seiner auswärtigen Sitzung in Oldenburg mit einer Vielzahl von Akteuren aus der Region Oldenburg unterhalten. Bei diesem Termin sei deutlich geworden, was bereits alles möglich sei und was in dem dortigen Modellrahmen schon umgesetzt werde.

Die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion hätten vor dem Hintergrund der Diskussionen und Gespräche, die in Oldenburg geführt worden seien, festgestellt, dass vieles von dem, was in dem Antrag der CDU-Fraktion formuliert sei, in Oldenburg bereits in der Praxis geleistet werde. Von daher wäre es nach Ansicht der CDU-Fraktion ein wichtiger Schritt, wenn die „Modellregion“ Oldenburg auf ganz Niedersachsen ausgeweitet würde und dies zum Anlass genommen würde, die Ressourcen für die Berufsorientierung im Sinne des Antrages der CDU-Fraktion auszuweiten.

Die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion sprächen sich von daher dafür aus, die Beratungen über den Antrag ihrer Fraktion in der heutigen Sitzung abzuschließen. Das, was in dem Antrag gefordert werde, sei in der Praxis bereits getestet und könne von daher für Niedersachsen umgesetzt werden.

Abg. **Kirsikka Lansmann** (SPD) entgegnet, auch der SPD-Fraktion sei die Berufsorientierung ein wichtiges Anliegen. Der Vor-Ort-Termin in Oldenburg sei in der Tat spannend gewesen.

Die Koalitionsfraktionen arbeiteten derzeit an einem eigenen Antrag zum Thema Berufsorientierung, hätten vor einer Finalisierung aber zunächst einmal die Evaluation durch das Kultusministerium und auch die Erkenntnisse des Besuchs in Oldenburg abwarten wollen.

Aus der Sicht der SPD-Fraktion wäre es zu begrüßen, wenn der Antrag der CDU-Fraktion und der noch ausstehende Antrag der Koalitionsfraktionen gemeinsam behandelt würden. Vielleicht sei es ja möglich, sich auf einen gemeinsam getragenen Text zu verständigen. Die Koalitionsfraktionen benötigten jedoch noch ein wenig Zeit für ihren Antrag und würben von daher noch um ein wenig Geduld.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) erwidert, in der Sitzung in Oldenburg sei recht deutlich geworden, dass die Ideen und Konzepte, die dort vorgestellt worden seien - sei es die Potenzialanalyse, sei es der Einsatz von Apps und Matching-Verfahren, sei es die Kooperation von berufsbildenden Schulen und allgemeinbildenden Schulen -, Gegenstand des Antrages der CDU-Fraktion seien. Von daher wäre es spannend zu hören, welche weiteren Ideen und Ansätze die Koalitionsfraktionen mit einem eigenen Antrag in die Diskussion einbringen wollten.

Im Übrigen stehe es den Koalitionsfraktionen frei, nach einer abschließenden Beratung des Antrages der CDU-Fraktion weitere parlamentarische Initiativen zu ergreifen.

Aus der Sicht der CDU-Fraktion könnte die Beratung ihres Antrages, der die Themen der Berufsorientierung vernünftig und umfassend abdecke, in der heutigen Sitzung mit einer Empfehlung an das Plenum des Landtages abgeschlossen werden.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) antwortet, wie die Vertreterin der SPD-Fraktion ausgeführt habe, hätten die Koalitionsfraktionen Wert darauf gelegt, zunächst die Ergebnisse der Evaluation durch die Landesregierung und auch die Ergebnisse verschiedener Workshops abzuwarten.

Die Koalitionsfraktionen befänden sich zudem in Gesprächen mit verschiedenen Organisationen, um in einem eigenen Antrag nicht nur das abzubilden, was derzeit möglich sei, sondern auch auf Innovationen abzustellen und zu schauen, wo Weiterentwicklungspotenziale bestünden.

Zu berücksichtigen sei, dass in Niedersachsen als Flächenland unterschiedliche Modelle in Betracht kämen und die verschiedenen Regionen vor unterschiedlichen Herausforderungen stünden. Oldenburg befindet sich aufgrund der städtischen Strukturen und der Netzwerkarbeit auf einem guten Weg. In anderen Regionen beständen jedoch andere Herausforderungen und Rahmenbedingungen, und dieser Umstand solle in dem Antrag, an dem die Koalitionsfraktionen arbeiteten, berücksichtigt werden.

Insgesamt werbe auch sie um ein wenig Geduld. Sollte es, weil die CDU-Fraktion auf einer Abstimmung über ihren Antrag bestehe, nicht möglich sein, die unterschiedlichen Gedanken und Überlegungen zusammenzuführen, wäre dies aus ihrer Sicht äußerst bedauerlich.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) weist darauf hin, dass der Antrag seiner Fraktion vom Oktober des vergangenen Jahres stamme. Seither habe fast zwölf Monate lang Zeit bestanden, sich eigene Gedanken zur Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen zu machen.

Der Besuch in Oldenburg habe Mitte September stattgefunden. Von daher sei mittlerweile sechs Wochen lang Zeit gewesen, um die Informationen, die der Ausschuss in Oldenburg erhalten habe, auszuwerten. Die CDU-Fraktion habe dies getan und sei zu dem Schluss gekommen, dass es besser sei, einzelne Schritte irgendwann einmal zum Abschluss zu bringen, als immer nur zu warten und zu überlegen, welche neuen großen Innovationen möglich seien.

Wenn es im Land bereits spannende Projekte gebe, die ganz offensichtlich funktionierten, wäre es ein gutes Signal, zu versuchen, diese landesweit umzusetzen. Natürlich seien die Herausforderungen in den einzelnen Regionen unterschiedlich. Jeder Fraktion sei es unbenommen, weitere Initiativen zu dem Thema der Berufsorientierung zu ergreifen. Aber immer nur mit Blick auf neue Innovationen abzuwarten, ohne konkrete Themen zu benennen, halte er, so der Abgeordnete, für schwierig. Wichtig sei es, überhaupt ein Signal zu setzen bzw. einen Schritt voranzukommen, statt die nächsten Schritte zu planen und dabei auf der Stelle zu treten.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) betont, die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung träten keineswegs auf der Stelle. Vielmehr solle geschaut werden, zu welchen Ergebnissen die Evaluation durch die Landesregierung geführt habe. Die Koalitionsfraktionen wollten mit weiteren Ideen über den Antrag der CDU-Fraktion hinausgehen und einen eigenen Antrag einbringen.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) merkt an, er habe immer noch keinen einzigen konkreten Punkt gehört, in dem der von den Koalitionsfraktionen angekündigte Antrag über den Antrag der CDU-Fraktion hinausgehen würde.

Selbstverständlich könne über weitere Innovationen diskutiert werden, und er freue sich insfern auch auf den Antrag der Koalitionsfraktionen. Allerdings wäre es aus seiner Sicht gut, wenn in der heutigen Sitzung des Ausschusses ein Schritt getan und die Beratung des Antrages der CDU-Fraktion, der immerhin seit zwölf Monaten vorliege, zum Abschluss gebracht werde.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) wirft ein, ein Punkt, der für die Koalitionsfraktionen eine wichtige Rolle spielt, betreffe die Stärkung der Berufsorientierung an den Gymnasien. Bei dem Besuch in Oldenburg sei deutlich geworden, dass hier ein erhebliches Defizit bestehe.

Zudem sei in Oldenburg ausgeführt worden, dass noch einmal geschaut werden müsse, wie eine Potenzialanalyse effizient durchgeführt werden könnte. Hier ständen die Schulen durchaus vor Herausforderungen.

Ein weiterer Punkt, um den es den Koalitionsfraktionen gehe, betreffe das LernOrteTage-Konzept und die Frage, wie eine gute Vernetzung funktionieren könne.

In Oldenburg seien außerdem Ansätze wie das Matching durch das Tool JobFuchs vorgestellt worden. In dem Antrag der CDU-Fraktion würden zwar auch neue Formen des Matchings angesprochen. Die Koalitionsfraktionen legten jedoch Wert darauf, vor einer abschließenden Beratung des Themas einzelne Aspekte noch einmal genauer zu betrachten. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund der Workshop-Ergebnisse und der Ergebnisse des Evaluationsprozesses.

Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) erwidert, alle diese Aspekte würden bereits in dem Antrag der CDU-Fraktion angesprochen. Deshalb bitte sie, über den Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen zu lassen.

Eine weitere Aussprache ergibt sich nicht.

Vors. Abg. **Pascal Mennen** (GRÜNE) lässt über den Verfahrensantrag der Mitglieder der CDU-Fraktion abstimmen, die Beratung des Antrages der CDU-Fraktion in der heutigen Sitzung abzuschließen.

Der **Ausschuss** stimmt diesem Verfahrensantrag einvernehmlich zu.

Beschluss

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum des Landtages, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Die Beschlussempfehlung ergeht vorbehaltlich der Zustimmung durch die mitberatenden Ausschüsse.

Tagesordnungspunkt 3:

Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung auf Aktenvorlage zur Situation der Gesamtschulen in Niedersachsen im Zeitraum vom 08.11.2022 bis heute

Abg. **Pascal Mennen** (GRÜNE) weist darauf hin, dass die hier in Rede stehenden Akten seit dem 9. Oktober dieses Jahres im Landtag vorlägen. Die CDU-Fraktion habe beantragt, auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen ein Akteneinsichtsrecht in diese Unterlagen zu gewähren.

Die Landesregierung habe dem bereits zugestimmt.

Beschluss

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion, auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen ein Akteneinsichtsrecht in diese Unterlagen zu gewähren, einvernehmlich zu.
